

(Beifall von der CDU)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist: Wir brauchen dringend einen eigenständigen und speziell an den Bedarfen von Kindern ausgerichteten Regelsatz im SGB II für Kinder und Jugendliche. Der Bundesarbeitsminister hat uns auf der letzten ASMK vor einigen Wochen in Hamburg zugesagt, dass er um die Jahreswende oder Anfang Januar – ich kann mir nicht vorstellen, dass das vor den Feiertagen noch kommt – auch die dazu notwendigen Untersuchungen fertig haben und dann veröffentlichen wird. Dann werden wir sicherlich hier auch Gelegenheit haben, im Ausschuss oder im Parlament darüber miteinander zu sprechen.

Die beste Arbeitsmarktpolitik ist es, Menschen für Beschäftigung zu qualifizieren. Deshalb muss es unser Ziel sein, allen Menschen eine Chance auf Qualifizierung und einen Einstieg in das Berufsleben zu verschaffen, und gerade auch denjenigen, die es zum Beispiel wegen Vermittlungshemmnissen auf dem Arbeitsmarkt schwer haben, Hilfestellungen anzubieten.

Deshalb lege ich den Schwerpunkt meiner Politik darauf, den Eintritt junger Menschen in Ausbildung und Beruf zu erleichtern – Werkstattjahr, 3. Weg –, Arbeitnehmer dabei zu unterstützen, in ihren Berufen fit zu bleiben – Bildungsscheck –, und Unternehmen und Beschäftigte beim Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen durch die Unterstützung der Demografieberatung und der Potenzialberatung zu unterstützen.

Ich denke, auch in dieser Debatte darf ein Hinweis darauf nicht fehlen, dass der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen trotz Finanzkrise und Rezession Gott sei Dank bislang stabil geblieben ist. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1993.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Die Arbeitslosenzahl liegt bei weniger als 713.000 Personen. Im Rechtskreis des SGB II sank die Zahl der Arbeitslosen auf nun 532.000. Das sind 9 % weniger als vor einem Jahr. Gegenüber dem September 2005 hat sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 5,2 % erhöht. Mit 5,9 Millionen lag die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um etwa 130.000 höher als vor einem Jahr.

Meine Damen und Herren, ich möchte meine Rede damit schließen, dass ich jetzt sage, dass wir, finde ich, zu Recht in unserer Gesellschaft von den Betrieben erwarten müssen, dass sie wegen der Finanzkrise nicht ihre Mitarbeiter entlassen, sondern das Angebot, über Kurzarbeit die Menschen in Beschäftigung zu behalten, absoluten Vorrang vor Entlassungen haben muss. Aber die Wahrheit ist, dass Kurzarbeit für Firmen, wenn sie sie länger machen, sehr teuer ist, weil sie ja den Sozialversicherungsbeitrag sowohl der Arbeitnehmerseite als auch der Arbeitgeberseite aufbringen müssen.

Wenn wir es mit Kurzarbeit statt Entlassungen wirklich ernst meinen, damit die Belegschaft auch für die Zeit nach der Krise zusammengehalten wird, dann würde ich es sehr begrüßen, wenn auch aus Berlin Zeichen kämen, wie wir etwa durch eine Veränderung bei den Sozialversicherungsbeiträgen Kurzarbeit so gestalten können, dass es für die Firmen, vor allen Dingen für die mittelständischen Firmen, bezahlbarer bleibt.

Ich habe dazu am Montag Vorschläge gemacht. Ich gehe davon aus, dass sie nach den Feiertagen durch die Politik in Berlin aufgenommen werden. Denn keine Firma kann 18 Monate Kurzarbeit bei den Remanenzkosten, über die wir in dieser Frage sprechen, durchhalten.

Da wir wissen, dass uns Facharbeiter fehlen, und da wir wissen, dass die Demografie in der nächsten Zeit einiges verändert, wäre es schlau, die Belegschaften zusammenzuhalten, damit wir nach der Krise gut gerüstet unseren Anteil an der Volkswirtschaft wieder durch qualifizierte Belegschaften erbringen können. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Als Nächster spricht für die CDU Herr Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Kollege Josef Wilp hat das Wesentliche und das Wichtigste gesagt. Er hat auf meine Rede hingewiesen und hat mir dafür 22 Sekunden gelassen. Ich gebe meine Rede zu Protokoll. (*Siehe Anlage*) – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. Sie hätten jetzt noch neun Sekunden Redezeit gehabt. Aber ich nehme an, Ihre Rede hätte etwas länger gedauert.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung und stelle fest, dass die **Große Anfrage 20** der Fraktion der SPD **erledigt** ist.

Ich rufe auf:

12 Gesetz zur Erhebung von § 4 Absatz 1 Nummer 7 und Anlage 2 der Beihilfenverordnung in Gesetzesrang

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8090

erste Lesung

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/8090** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

13 Hochschulen müssen ausbilden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8077

Auch hier ist eine Beratung heute nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/8077** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

14 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a Grundgesetz

Anmeldung zum Rahmenplan 2009 bis 2012 über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Unterrichtung
des Landtags
gemäß § 10 Abs. 3 LHO
Vorlage 14/2178

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/8097

Es ist keine Debatte vorgesehen.

Deshalb kommen wir direkt zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8097**, die Anmeldung zum Rahmenplan zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt dieser Kenntnisnahme zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und die Anmeldung zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

15 Nachhaltigkeitsberichtswesen in Nordrhein-Westfalen

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses

Drucksache 14/8098

Auch hier ist keine Debatte vorgesehen.

Wir stimmen ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8098**, die Landesregierung zu bitten, für das erste Quartal 2009 einen Nachhaltigkeitsbericht vorzulegen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Beschlussempfehlung wird einstimmig **gefolgt**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

16 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal des Haushaltsjahres 2008

Antrag
des Finanzministers
gemäß Artikel 85 Abs. 2
der Landesverfassung
Vorlage 14/2288

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/8102

Es ist keine Debatte vorgesehen.

Wir stimmen ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8102**, die über- und außerplanmäßigen Ausgaben entsprechend der Vorlage zu genehmigen. Wer stimmt dem zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Stimmenthaltung von SPD und Grünen und Zustimmung der Koalitionsfraktionen ist die Beschlussempfehlung mit Mehrheit **angenommen**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

17 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung des Kreises Düren und zwei weiterer Kreise, das Zweite Gesetz zur Strafung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 2007 (GV. NRW S. 481 ff.) und das Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts vom 11. Dezember 2007 (GV. NRW S. 662 ff.) verletzen die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 28/08
Vorlage 14/2113

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/8099

Auch hier ist keine Debatte vorgesehen.